

Visp 3020 – eine Fiktion

Visp. Wir schreiben das Jahr 3020. Eine Fiktion. Die Welt hat sich im letzten Jahrtausend geändert. Das Walliser Städtchen Visp, mit nunmehr nur noch 6723 Einwohnern, ist besonders betroffen. Die Szenerie ist dramatisch. Vor allem eins: Die Menschen an der Vispa haben ihr Schicksal nicht mehr in ihren eigenen Händen. Ausländische Grossunternehmen, finanziert und unterstützt von asiatischen und afrikanischen Staatsfonds, haben in der Region das Sagen und gehen dabei nicht zimperlich vor.

«Venetz versteht die Welt nicht mehr. Ihre Gemüseplantage in der Grosseye sieht erbärmlich aus»

Arbeiter Willy Lochmatter klagt über Atemwegerkrankungen, hinzu kommen Ausschläge und ständige Übelkeit. Eine Haaranalyse zeigt auf, dass es sich um eine Bleikontamination handelt. Willy arbeitet in der Aznolfabrik, wo vor Kurzem aus Spargründen die Sicherheitsregeln geändert wurden. Er ist Opfer von chronischen Schwermetallvergiftungen. Hans Pfammatter hat nach langer Arbeitslosigkeit wieder einen Job gefunden. Und was für einen. Für eine indische Firma darf er am Rhonestrand Gold schürfen. Visp und Umgebung liefen Gondo, dem ehemaligen Eldorado des Goldschürfens, den Rang ab. Willy krampft während zehn Stunden am Tag, auch sonntags, für einen bescheidenen Stundenlohn von Franken 3.50. Nach zehn Wochen wirft er erschöpft den Bettel hin.

Bäuerin Kamelia Venetz versteht die Welt nicht mehr. Ihre Gemüseplantage in

der Grosseye sieht erbärmlich aus. Dabei hatte sie doch in den letzten Tagen das Insektizid «Aldo» angewandt, welches erspriessliches Wachsen und Gedeihen versprach. Auch brennen ihr die Augen und die Übelkeit wird zum Dauerzustand.

Lochmatter, Pfammatter und Venetz setzen sich gemeinsam an einen Tisch und beraten, was sie tun können. Sie wissen, wer die Schuldigen sind: die Grosskonzerne aus dem Ausland, eben aus Afrika und Asien, welche sich an keine Regeln halten. Wie aber soll und kann man gegen diese vorgehen? Wie kann man garantieren, dass die ausländischen Konzerne sich an Sicherheitsregeln halten? Wie kann man verhindern, dass eine Firma sich das Gold der Region unter den Nagel reisst, ohne Steuern zu bezahlen, und zudem noch geschickt korrumpiert, damit das Geld auch noch in der Region reingewaschen werden kann? Visp als Hort krimineller Organisationen, das schadet dem Ruf. Und wie geht man vor, wenn in den Ursprungsländern längst verbotene Pestizide wie «Aldo» in der Region weiterhin angeboten werden können?

Willy, Hans und Kamelia wollen sich beraten lassen. Gewerkschaften gibt es allerdings keine mehr. Diese wurden auf Druck der ausländischen Konzerne abgeschafft. Vermutlich flossen auch hier Schmiergelder. Die Juristen winken ab. Sie haben kein Instrument in der Hand und schon gar nicht den Mut, gegen die mächtigen Unternehmen vorzugehen. Vielleicht machten auch sie die hohle Hand? Der Gemeinderat und damit die Politik weiss auch nicht wie weiter, ihm sind die Steuereinnahmen wichtiger, auch wenn diese für die internationalen Ausbeuter ständig nach unten angepasst werden.

Unser Trio hat die Nase voll. Es entscheidet sich, eine Initiative zu lancieren, welche den Spielraum internationaler Konzerne einschränken soll. Für alle Gesundheitsschäden und Menschenrechtsverletzungen sollen die ausländischen Konzerne haften und für die erlittenen Schäden auch finanziell aufkommen. Geklagt werden kann in der Schweiz, aber auch in den Ursprungsländern. Das Initiativkomitee ist sich bewusst, dass diese Abstimmung nicht leicht zu gewinnen sein wird, in einem Land, das mittlerweile auf der internationalen Armutsskala auf den 137. Rang von 195 Ländern abgerutscht ist, aber immer noch mehrere Milliarden beherbergt, Profiteure des Systems. Es wird zum Duell David gegen Goliath kommen. Wer wird gewinnen? Wir wissen es nach der Abstimmung zur Konzerninitiative am 29. November 2020.



TONY BURGENER
KOLUMNIST

ECHO VOM BERG

Brief aus dem Jenseits

Wer sich politisch in welcher Weise auch immer aus dem Fenster lehnt, bekommt dann und wann auch einen Eimer Wasser über den Kopf geschüttet. Das gehört dazu und ist nicht weiter schlimm. Im Gegenteil: Es ist an- und aufregend, kurzum erfrischend. Denn nur wo Aufregung, ist Bewegung – und umgekehrt. Im Verlaufe der Jahre schafft man sich auch einen kleinen Club Briefe, E-Mails, WhatsApp und SMS schreibender «Fans», die sich vereinzelt lobend, gelegentlich distanziert beipflichtend und mehrheitlich mal bitterböse, mal hämisch zu Worte melden. «Viel Feind, viel Ehr», pflegt mein alter Freund Egon die kritische Korrespondenz kurzerhand zu schubladisieren.

«In der Lex Weber wurde für den Umbau ortsbildprägender Bauten die Tür weit aufgestossen»

Eine Zuschrift der letzten Kategorie erreichte mich letztthin von einem in die Jahre gekommenen Chaletbauer, der den einen oder anderen schönen Flecken in unserem Landstrich mit diesen charakterlosen Schwedenhäuschen zersiedelte, die inzwischen an 90 von 100 Tagen leer stehen und deren Betten an ebenso vielen Nächten kalt bleiben. Er bekunde sehr viel Mühe damit, kam er zügig zur Sache, dass ich als Gemeindepräsident nicht mit einer Silbe dem «Skandal des Jahrtausends» beipflichte, nämlich dem «Verbot vom Umbau von vorwiegend dem Zerfall geweihten Ökonomiegebäuden». Um dann erst richtig loszulegen. Ich zitiere wortgetreu: «Die Vermutung liegt nahe, dass sie in ihrer politischen Eigenschaft vom katastrophalen Virus unseres Landschafts- und Kulturverschandlers, Herrn Rodewald, derart geprägt sind, dass sie von allen guten Geistern verlassenen Todsünden, gesunden Menschenverstand vollster Blösse gewährleisten lassen.» Wer das wie auch immer verstehen kann, es ist ein Brief aus dem Jenseits, nämlich jenseits von Gut und Böse. Der Autor greift zu den alten, abgegriffenen Klischees, um auf allen möglichen Kanälen Vorwürfe zu verbreiten, die so falsch sind, dass nicht einmal das Gegenteil richtig ist. Dumm nur, dass er leider längst nicht der Einzige ist, der auf diese billige Tour politisch hausiert. Fakt ist, dass zumindest in unserer Gemeinde der Ferienhausbau schon lange vor der 2012 angenommenen Zweitwohnungsinitiative, der sogenannten Lex Weber, zum Erliegen kam. Seit 20 Jahren schon gabs keinen einzigen Neubau mehr. Der Schwarzgeldzufluss aus dem Ausland in den Bautourismus versiegt

mit der Unterbindung der grenzüberschreitenden Steuervermeidung. Wer seither noch investierte, tat dies vorzugsweise in den Um- und Ausbau bestehender Gebäude in der Dorfkernzone, deren Wert und Charme ganz offenbar auch von den Auswärtigen erkannt wurde.

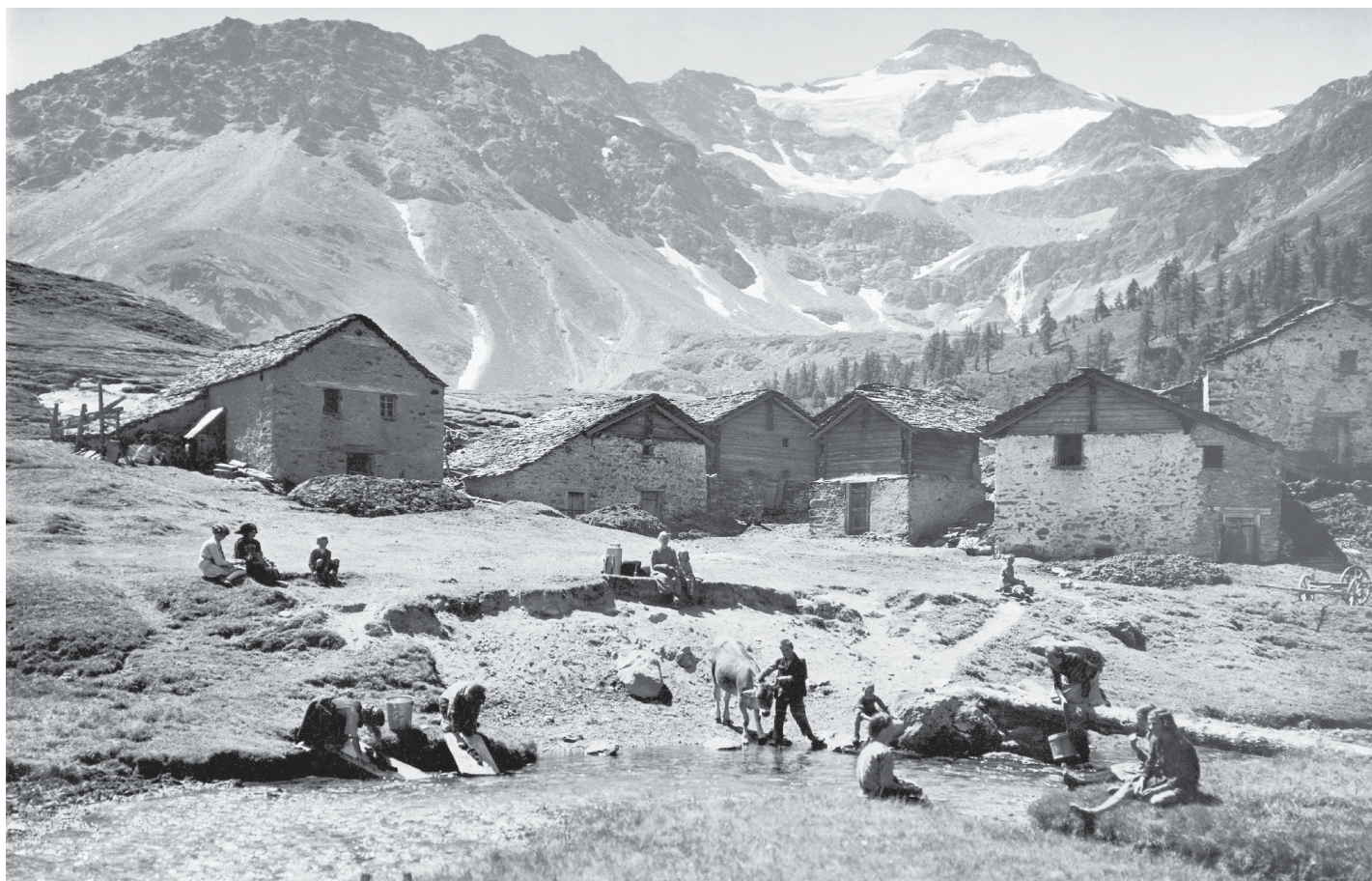
Genau für solche Umbauten wurde in der Lex Weber die Tür ganz weit aufgestossen. In Artikel 9 des Zweitwohnungsgesetzes heisst es nämlich, dass ortsbildprägende Bauten von den Bewilligungsbeschränkungen ausgenommen sind. Darum haben wir in Albinen – notabene als erste Gemeinde im Oberwallis – wie von Bund und Kanton geheissen, in einem relativ aufwendigen Verfahren ein umfassendes, lückenloses Inventar der ortsbildprägenden Gebäude erstellt. 240 Wohnhäuser, Ställe, Scheunen, Stadel und Speicher sind in diesem Inventar einzeln beschrieben, bewertet, fotografisch dokumentiert und in den vorgegebenen Kategorien klassiert. Die erste Etappe wurde vom Staatsrat vor einem Jahr homologiert, die zweite Etappe ist derzeit in Sitten in Prüfung. Was bedeutet das? Nicht mehr und nicht weniger, als dass wir in Albinen trotz eines Zweitwohnungsanteils von 60 Prozent im Dorf neuerdings wieder Umbauten auch als Zweitwohnungen bewilligen können. Ohne diese Möglichkeit ist die Gefahr effektiv gross, dass althergebrachte Haus- und Ökonomiegebäude dutzendfach und reihenweise verfallen und unser einzigartiges Dorf als grösstes Kapital seinen Wert verliert. Ja, von diesem Virus sind wir befallen. Mit der gleichen Logik befürworten wir auch den Umbau von kulturlandschaftlich prägenden Stall-Scheunen ausserhalb der Bauzone. Hier ziehen wir jedoch einen klaren Strich: Nicht alle Gemächer sind erhaltenswert – vor allem, wenn ihr Um- und Ausbau mehr Infrastrukturkosten und Umtriebe verursacht als Nutzen bringt. Doch dafür ist die mit Juristen reich bestückte kantonale Baukommission zuständig. Die ist unseres Wissens garantiert Rodewald-frei und weit davon entfernt, linksgrün zu sein. Wie übrigens das meiste im Wallis.



BEAT JOST
GEMEINDEPRÄSIDENT
IN ALBINEN

BLICK ZURÜCK

Die guten alten Zeiten



Saubere Sache. Im Sommer 1930 besucht ein Amateurfotograf zur Waschzeit die Fluhalp. Leider wissen wir nicht, um welche Fluhalp es sich handelt. Auch die Mediathek Wallis, die uns die Bilder für diese Rubrik zur Verfügung stellt, kann hierzu keine Angaben machen. Wissen Sie, wo dieses Bild entstanden ist? Schreiben Sie uns auf: info@walliserbote.ch.